

KLAUS STEINITZ

Nachhaltigkeit und Anforderungen an eine alternative linke Politik

Nachhaltigkeit ist heute leider ein Modebegriff geworden, der ohne Zögern von Politikern aller Couleur verwendet wird. Jedoch wird kaum ernsthaft über die hiermit verbundenen Konsequenzen nachgedacht. Noch weniger werden daraus Schlußfolgerungen für die notwendige Veränderung politischer Konzepte gezogen.

Linke Politik, und darunter natürlich auch PDS-Politik, ist herausgefordert, sich eindeutig zur Notwendigkeit einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Wirtschaftsentwicklung zu bekennen. Nachhaltigkeit hat real nur Chancen, wenn es gelingt, die Hegemonie des Profitprinzips, des Neoliberalismus und den Einfluß der gegenwärtig dominierenden ökonomischen Machtstrukturen der Banken und Konzerne einzuschränken. So gesehen enthält ein ernsthaftes, auf Umsteuern gerichtetes Nachhaltigkeitskonzept von vornherein auch Elemente einer sozialistischen Politik. Eine wichtige, bisher nur in Ansätzen gelöste Aufgabe der PDS als Teil der Linken ist es, die *Erfordernisse der Nachhaltigkeit in alternative, linke, sozialistische Politikkonzepte zu integrieren*, unter diesem Aspekt die wechselseitigen Verflechtungen der verschiedenen Politikfelder neu zu bestimmen. Damit könnte auch das eigene Profil deutlicher werden.

Meines Erachtens kommt es im Rahmen einer alternativen sozialistischen Politik bzw. eines reformpolitischen Konzepts der PDS vor allem auf folgende Zusammenhänge an:

1. *Nachhaltigkeit* darf nicht in erster Linie als eine natürlich-ökologische und technologische Kategorie angesehen werden, die bestimmten quantitativen und zeitlichen Erfordernissen Rechnung trägt, wie sie in den bekannten Nachhaltigkeitskriterien der zulässigen Inanspruchnahme der natürlichen Umwelt beschrieben werden. Sie ist mehr als Erhaltung der natürlichen Umwelt. Sie muß vielmehr in erster Linie als eine *gesellschaftliche, soziale Kategorie und Herausforderung aufgefaßt werden, um menschliche Emanzipation und ein menschenwürdiges Leben* für alle Bewohner dieser Erde dauerhaft zu erreichen und zu sichern. Dies setzt die Verknüpfung ökologischer Kriterien mit sozialen Erfordernissen, kulturell-ethischen Wertvorstellungen, einer Umgestaltung der Beziehungen zwischen Nord und Süd sowie insgesamt mit einer effizienten, zukunftsfähigen Ökonomie voraus.

Bei der Durchsetzung einer nachhaltigen Wirtschaftsweise kommt den *widerspruchsvollen Beziehungen von ökologischer Nachhaltigkeit und Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit und für eine Vollbeschäftigung neuer Art eine Schlüsselrolle* zu. Die ab-

Klaus Steinitz – Jg. 1932; Prof. Dr., Leiter der Arbeitsgemeinschaft Wirtschaftspolitik beim Parteivorstand der PDS und Herausgeber der Schriftenreihe »Beiträge zur Wirtschaftspolitik«.

Überarbeitet Fassung eines Vortrags auf dem Workshop »Technikbewertung aus ökologischer, sozialer und ökonomischer Perspektive« der Gesellschaftsanalyse und Politischen Bildung e.V. am 23.1.1998 in Berlin.

strakte Diskussion darüber, ob der Ökologie oder der Erwerbsarbeit das Primat zukommt, ist wenig konstruktiv und hilft weder bei der Lösung der akuten Probleme der Umwelt noch der Beschäftigung. Zukunftsfähig wird ein Konzept nur dann sein, wenn langfristig beiden Erfordernissen Rechnung getragen wird. Es führt in die Sackgasse, wenn versucht wird, das eine Problem auf Kosten des anderen zu lösen.

Die Erfahrung darf nicht vergessen oder in den Hintergrund gedrängt werden, daß zugespitzte soziale Verhältnisse, vor allem die Massenarbeitslosigkeit in den Industrieländern sowie Armut und Hunger in Ländern der »Dritten Welt«, Schritten zu einer ökologischen Wende entgegenstehen. Sie verringern die Bereitschaft der Menschen, sich für umweltpolitische Erfordernisse einzusetzen, ihre Offenheit für ökologische Veränderungen, die ihr Leben nicht nur positiv tangieren. In diesem Sinne *bedeutet Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit und gegen soziales Elend zugleich, die sozialen Bedingungen für notwendige umweltpolitische Veränderungen zu verbessern*, die Aufgeschlossenheit der Menschen gegenüber solchen Problemen und ihr aktives Interesse daran zu stimulieren. Linke Alternativen müssen vor allem danach beurteilt werden, wie es gelingt, ökologische Nachhaltigkeit, Vollbeschäftigung neuer Art, soziale Gerechtigkeit und Verbesserung der Lebensqualität miteinander zu verbinden. Daher ist auch eine *sozial-ökologische Wende* die zentrale Frage eines reformpolitischen Konzepts der PDS.

Dieser Zusammenhang zwischen sozialen und ökologischen Erfordernissen muß sich in jedem einzelnen Projekt widerspiegeln. Z.B. wird bei den Vorschlägen der PDS zur Einführung von Öko-Steuern angestrebt, auch deren mögliche Beschäftigungseffekte zu berücksichtigen und positiv zu beeinflussen, und sie als Instrumente einer sozialen Umverteilung von Einkommen und Vermögen zu nutzen. So wird im Unterschied zur SPD vorgeschlagen, Energiesteuern und höhere Mineralölsteuern nicht aufkommensneutral zu erheben, sondern die Mehreinnahmen des Staates sowohl für einen sozialen Lastenausgleich als auch zur Finanzierung von Aufgaben des ökologischen Umbaus einzusetzen, wobei beschäftigungsfördernden Effekten eine besondere Bedeutung zukommt. Eine höhere Mineralölsteuer soll nicht nur den Druck zur Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene verstärken. Die höheren Einnahmen sollen auch dazu verwendet werden, attraktive öffentliche Verkehrssysteme zu erhalten und zu entwickeln sowie sozial verträgliche Verkehrstarife einzuführen.

2. Eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung mit allen dazu gehörenden Veränderungen und Einschnitten in den Wirtschaftsstrukturen, den Arbeitsbedingungen sowie der Lebens- und Konsumtionsweise, *kann nur mit den Menschen, nicht gegen sie erreicht werden*. Die *Demokratisierung der Umweltpolitik* ist ein unverzichtbares Element des Nachhaltigkeitskonzepts einer sozialistischen Partei. Hierzu gehören Information und Aufklärung über alle jeweils relevanten Probleme und Zusammenhänge einer nachhaltigen Entwicklung, einschließlich Ergebnisse der Technikfolgeschätzung. Diese sollten nicht in erster Linie für eine nachträgliche Warnung oder für das Konstatieren von Fehlentwicklungen, sondern als Mit-

tel für vorausschauende Gestaltung der Technikentwicklung genutzt werden. Dies verlangt auch, breitere Möglichkeiten für den öffentlichen Diskurs über Wege und speziell über vorhandene Alternativen nachhaltiger Entwicklung sowie die Verbesserung und Erweiterung der Bedingungen für eine demokratische Einflußnahme aller Betroffenen und ihrer Organisationen, darunter speziell von Umweltorganisationen, auf umweltpolitische Entscheidungen oder besser, auf alle Entscheidungen, die die Umwelt tangieren.

3. Der *Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung*, der einen grundlegenden Wandel traditioneller wirtschaftlicher Abläufe und den Bruch mit der bisherigen Wachstumsorientierung verlangt, ist *auf der Grundlage des Neoliberalismus nicht machbar*. Er setzt entgegen den gegenwärtig dominierenden neoliberalen Deregulierungstendenzen eine *neue Qualität sozialer und ökologischer Regulierung*, der Verbindung marktwirtschaftlicher und gesellschaftlicher Regulierung voraus. Er verlangt im Gegensatz zu rein betriebswirtschaftlichen Kosten- und Gewinnkriterien volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Bewertungs- und Entscheidungskriterien. Die Durchsetzung der aus der Nachhaltigkeit abgeleiteten Konsequenzen widerspricht kurzfristigen Profitinteressen. Die ökonomischen Macht- und darauf beruhenden ökonomischen Interessenstrukturen haben bisher die notwendigen Schritte zur Nachhaltigkeit verhindert. Die ökonomisch mächtigen Finanzinstitutionen und transnationalen Konzerne werden auch in Zukunft ihren Einfluß gegen die Umweltpolitik einsetzen. Ein linkes Nachhaltigkeitskonzept ist daher auf das engste mit der Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus und dem Kampf um die Einschränkung der Macht der Banken und Konzerne verbunden.

4. Die gegenwärtige *neoliberal dominierte Globalisierung*, die im Gegensatz zu den Interessen der überwiegenden Mehrheit der Menschen nur darauf gerichtet ist, die Verwertungsbedingungen des Kapitals zu verbessern und den veränderten Bedingungen anzupassen, *widerspricht der Lösung der globalen Menschheitsprobleme*, einschließlich der globalen Umweltprobleme. Sie untergräbt ebenso wie den Sozialstaat und die Demokratie auch den Umweltschutz. Daher verlangt eine linke Nachhaltigkeitstrategie auch ein Konzept zur Eindämmung dieser neoliberalen Globalisierung, u.a. durch:

- eine stärkere Regionalisierung der Wirtschaft, jedoch nicht als Gegensatz zu einer sinnvollen internationalen Arbeitsteilung zum Vorteil aller daran Beteiligten;
- eine Re-Regulierung der internationalen Finanzmärkte;
- die Berücksichtigung der stärkeren internationalen Vernetzung wirtschaftlicher und ökologischer Prozesse in den Regionen und Ländern sowie auf internationaler bzw. globaler Ebene;
- gemeinsame, länderübergreifende wissenschaftlich-technische Kooperation, um wirksamer zur Lösung der globalen Probleme der Menschheit beizutragen;
- eine stärkere internationale Zusammenarbeit der Gegenkräfte des Kapitals und seiner internationalen Institutionen Weltbank, Internationaler Währungsfonds, Welthandelsorganisation wie Gewerkschaften, Umweltorganisationen, linke Parteien. Sie müßte

auch darauf gerichtet werden, solche international wirksamen und durchsetzbaren Konzepte der Wirtschafts- und Finanzpolitik auszuarbeiten und öffentlich zu diskutieren, die zugleich Umwelt- und Entwicklungserfordernisse der »Dritten Welt« berücksichtigen.

Eine Schlüsselfrage im Kampf gegen die dominierende neoliberale Globalisierung ist die Durchsetzung des gleichen Rechts aller Menschen der Erde auf die Inanspruchnahme des Umweltraumes, der Umweltressourcen. Das verlangt eine grundlegende Umgestaltung der bisherigen Verteilungsstrukturen der natürlichen Ressourcen zwischen »Nord« und »Süd« und der Umweltbelastung durch Produktionsabfälle und Schadstoffe. In linke Nachhaltigkeitskonzepte müssen daher auch Vorschläge integriert werden, wie die Interessen der Völker der »Dritten Welt« wirksamer artikuliert und berücksichtigt werden können.

5. In linken Politikvorstellungen für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung nehmen *Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Innovationen einen unverzichtbaren Platz* ein. Der Übergang zur Nachhaltigkeit ist nicht möglich ohne wissenschaftliche Kenntniszuwächse, nicht ohne umfassende Nutzung der Potentiale von Wissenschaft und Technik. Ebenso sollte jedoch auch beachtet werden, daß Nachhaltigkeit nicht allein und auch nicht vorwiegend durch Wissenschaft und Technik zu erreichen ist, ja daß eine unkontrollierte wissenschaftlich-technische Entwicklung einer zukunftsfähigen Entwicklung mehr schaden als nutzen wird.

Die PDS geht davon aus, daß Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit einen *Paradigmenwechsel in der Wirtschafts- und Technikentwicklung verlangen*. *Einerseits*: Übergang von einem vorwiegend arbeitsparenden zu einem vorwiegend auf Einsparung von Rohstoffen, Energie und anderen Umweltressourcen gerichteten neuen Typ der Wirtschafts-, Effektivitäts- und Technikentwicklung. Diese Gewichtsverschiebung von der Einsparung lebendiger Arbeit, der Erhöhung der Arbeitsproduktivität, auf die Einsparung der in Material und Energie vergegenständlichten Arbeit, die Erhöhung der Ressourcenproduktivität, steht heute auf der Tagesordnung. Sie darf jedoch nicht so interpretiert werden, daß eine hohe Arbeitsproduktivität bedeutungslos wird. *Andererseits*: Herausbildung einer anderen Art der Effektivitätssteigerung, die nicht mehr in erster Linie auf der Erhöhung des Einsatzes von materiellen Ressourcen und quantitativem Wachstum, sondern mehr auf Vermeiden, Einsparen und strukturellen Veränderungen zugunsten von Dienstleistungen beruht, die wenig materielle Ressourcen verbrauchen bzw. geringe Umweltbelastungen hervorrufen. Ein tragendes Element dieser Strategie sind auch die Bemühungen um eine Bedeutungsverlagerung von der bisher vorwiegend nachträglichen Beseitigung bzw. Verringerung von Umweltschäden (Nachsorge) hin zu einer *vorsorgenden* Vermeidung nachteiliger Umweltwirkungen.